

Der neue Senat startet

Bürgerschaft wählt künftige Regierung / Finanzsenatorin Karoline Linnert erhält einen Dämpfer



Freude nach der Abstimmung: Carsten Sieling ist neuer Bürgermeister, Claudia Bogedan Senatorin für Kinder und Bildung.

FOTO: FRANK THOMAS KOCH

VON WIGBERT GERLING

Bremen. Die neue Bremer Regierung mit Carsten Sieling an der Spitze hat ihre Arbeit aufgenommen. Die Bürgerschaft wählte den SPD-Politiker am Mittwoch wie erwartet zum Bürgermeister und bestimmte auch die übrigen sieben Senatsmitglieder. Zuvor hatte sich das Parlament rund zwei Stunden über die Vorhaben der rot-grünen Koalition und die Aussichten für das Bundesland ausgesprochen, vor allem die finanzpolitischen. SPD-Fraktionschef Björn Tschöpe betonte, Arbeitsplätze und Bildung gehörten in dem „Koalitionsvertrag des Machbaren“ zu den zentralen Themen. Die Abgeordneten beschlossen ferner, den Etat für ihre Fraktionsarbeit zu erhöhen.

Die Opposition bot dem neuen Bürgermeister ihre Zusammenarbeit an, wenn es gelte, im Außenverhältnis um Unterstützung für Bremen zu ringen. CDU-Fraktionschef Thomas Röwekamp verwies darauf, dass Sieling eine jährliche Hilfe in Höhe von 500 Millionen Euro fordere. An ihn gewandt, betonte Röwekamp: „Dabei können Sie mit der vollen Unterstützung der CDU rechnen.“ Die Fraktionschefin der Linken, Kristina Vogt, äußerte sich ähnlich.

Sieling kam auf 46 Stimmen und erhielt damit zwei Stimmen aus den Reihen der Opposition. Gegen ihn stimmten 33 Parla-

mentarier, zudem gab es drei Enthaltungen. Einer der ersten Gratulanten aus der Bundespolitik war Sigmar Gabriel. „Deine Wahl ist für die Bremer Sozialdemokratie ein Glücksfall“, erklärte der SPD-Bundesvorsitzende. Sein Bundestagsmandat hat Sieling am Mittwoch niedergelegt, wird aber im Bundesrat und im SPD-Vorstand weiter bundespolitisch aktiv sein.

Da 82 Bürgerschaftsabgeordnete in geheimer Wahl ihre Kreuze für die Kandidaten abgaben, waren für eine Mehrheit 42 Stimmen nötig. Die Finanzsenatorin Karoline Linnert (Grüne) erreichte genau diese Zahl, bekam damit das schlechteste Ergebnis und schöpfte als Einzige nicht das rote Potenzial von 44 Mandaten aus.

Die meiste Zustimmung erhielt die bisherige und damit auch künftige grüne Senatorin Anja Stahmann (49 Stimmen), gefolgt vom neuen SPD-Regierungsmittglied Claudia Bogedan (47) und Sozialdemokrat Ulrich Mäurer (ebenfalls 47). SPD-Wirtschaftssenator Martin Günthner aus Bremerhaven bekam die Unterstützung von 46 Abgeordneten. Wissenschaftssenatorin Eva Quante-Brandt (SPD) erhielt ebenso 44 Stimmen wie der alte und neue grüne Ressortchef Joachim Lohse.

Gleich nach der Abstimmung im Parlament gingen die gewählten Regierungsglieder gegenüber ins Rathaus, um die „Geschäftsverteilung“ festzulegen, also die Zu-

ordnung der Themenbereiche zu den Senatoren. Sieling ist damit nicht nur Präsident des Senats und Bürgermeister, sondern auch zuständig für Kultur und die Religionsgemeinschaften. Linnert bleibt Finanzsenatorin und Bürgermeisterin. Sie ist damit die Stellvertreterin von Sieling.

Mäurer gibt den Sport an Stahmann ab, bleibt aber Chef des Innenressorts. Quante-Brandt behält die Wissenschaft und nimmt Gesundheit und Verbraucherschutz hinzu. Um die Bildung, die sie bisher betreut hatte, kümmert sich künftig die neue Senatorin Claudia Bogedan, die außerdem von Stahmann das Themenfeld Kinder übernimmt. Anja Stahmann ist und bleibt Sozialsenatorin und leitet die Behörden für Jugend, Frauen, Integration und Sport. Lohse ist unverändert Ressortchef für Umwelt, Bau und Verkehr. Er übernimmt zudem die Landwirtschaft vom Wirtschaftsressort. Günthner bleibt verantwortlich für Wirtschaft, Arbeit und Häfen sowie Justiz und Verfassung.

Die rund 250 Plätze auf der Tribüne für Besucher der Bürgerschaft waren voll besetzt. Unter anderem waren ehemalige Abgeordnete und künftige Staatsräte gekommen, um bei der Wahl des neuen rot-grünen Senats dabei zu sein. Aber auch Familienangehörige von Senatskandidaten – allen voran von Sieling – saßen auf den Rängen und verfolgten die Abstimmung.

Die Bürgerschaft hat eigentlich 83 Sitze. Mit Jan Timke (Bürger in Wut) hatte sich ein Abgeordneter entschuldigt und der Parlamentsverwaltung vorab mitgeteilt, dass er nicht an der Sitzung teilnehmen könne. Es war gegen Mittag, als die 82 Parlamentarier an die Urnen gingen, um die Senatsmitglieder zu wählen.

Auch Staatsrätin Ulrike Hiller wurde als Bevollmächtigte Bremens beim Bund und in Brüssel gewählt und damit im Amt bestätigt. In der ersten Sitzung des neuen Senats wurden auch neue Staatsräte berufen. Jan Fries (Grüne), bisher Referatsleiter im Finanzressort, wechselt in die Spitze der Sozialbehörde. Frank Pietrzok, der bisher die Geschäfte der sozialdemokratischen Bürgerschaftsfraktion geführt hat, wird Staatsrat bei Claudia Bogedan – und Ekkehart Siering arbeitet künftig nicht mehr in der Finanzbehörde, sondern in der Leitung des Wirtschaftsressorts.

Ein anderer Tagesordnungspunkt trug den Vermerk „o.D.“, ohne Debatte. Mit fraktionsübergreifender Unterstützung wurde nur mit dem Heben der Hände beschlossen, dass mehr Geld für die parlamentarische Arbeit bewilligt wird. Insgesamt beträgt die Höhe der Fraktionszuschüsse rund 4,5 Millionen Euro pro Jahr. Nun sollen auf jeden Fall für die Zeit bis Dezember noch 425.000 Euro mehr bewilligt werden. **Umfrage Seite 8**

Mädels, guckt doch mal auf hanseatreisen.de Wegen der Dubai-Kreuzfahrt! LG Tina

Schwer zu ertragen



Wiebke Ramm über den Fall Gröning

Das Urteil lässt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Der frühere SS-Mann Oskar Gröning hat auch als Buchhalter mit dazu beigetragen, die unfassbar grausame Tötungsmaschinerie der Nazis am Laufen zu halten. Er hat den Mördern beim Morden geholfen. Es war seine freie Entscheidung. Das Tragen einer Uniform befreit einen Menschen nicht vom Denken, auch nicht von seiner Verantwortung.

Der Prozess in Lüneburg ist schwer zu ertragen gewesen. Auch deshalb, weil er deutlich gemacht hat, dass die NS-Zeit nicht bloß ein Kapitel im Geschichtsbuch ist, irgendwo hinter Bismarck. Auschwitz war gestern. Einige Täter und Opfer leben noch.

Die Aussagen der Holocaust-Überlebenden haben Deutschland und der Welt die grauenhaften Verbrechen noch einmal eindringlich vor Augen geführt. Das ist gut so in einer Zeit, in der Brandanschläge auf Flüchtlingsunterkünfte verübt werden, Menschen auf die Straße gehen, um ihre dumme Feindseligkeit gegen andere auszudrücken, und in der der NSU-Prozess zeigt, dass die Neonazi-Szene erschreckend groß und gewaltbereit ist.

Spätestens mit der Rechtskraft des Urteils wird nun ein Schlussstrich gezogen unter den Fall Gröning. Einen Schlussstrich unter die finstere deutsche Vergangenheit aber kann es niemals geben. Solange es noch verhandlungsfähige Täter gibt, gehören sie auf die Anklagebank. **Thema Seite 3 politik@weser-kurier.de**

KOPF DES TAGES

Wiebke Ahrndt



Wiebke Ahrndt hat es gut. Den ganzen Tag über hat sie die Südsee im Blick – und nun auch noch das: Wale, zwei Stück, lebensgroße Meeressäuger. Am Donnerstag werden sie angeliefert und montiert. Die Wale sind Teil der Ausstellung Ozeanien, zu sehen sind sie im Überseemuseum, das Ahrndt seit 2002 leitet.

LOTTO

6 aus 49 9 18 34 43 45 48 2
Spiel 77 1041556 Super 6 * 386333
(Ohne Gewähr)

WETTER

Tagsüber Nachts Niederschlag

24° 16° 30%

Sonne und Wolkenfelder
Ausführliches Wetter Seite 6

H 7166 • 28189 BREMEN



SWB will Kraftwerk stilllegen

Bremen (psi). Mit der Stromerzeugung aus Steinkohle lässt sich kein Geschäft mehr machen. Das sagt SWB-Vorstandschef Torsten Köhne im Interview mit dem WESER-KURIER. Der Bremer Energieversorger zieht daraus die Konsequenzen: „Aus aktueller Sicht spätestens in zehn Jahren“ solle das Kraftwerk Hafem stillgelegt werden. Ausgleichszahlungen für die Stilllegung bekomme SWB aber nicht – anders als die Betreiber von Braunkohlekraftwerken. Hier sollen Erzeugungskapazitäten im Umfang von 2,7 Gigawatt in eine neue Reserve überführt werden, das hat die Große Koalition in Berlin jüngst beschlossen. Die Meiler produzieren dann keinen Strom mehr, werden aber betriebsbereit gehalten und von 2020 an komplett stillgelegt. Für den Reservebetrieb bekommen die Betreiber Geld, das die Stromkunden aufbringen müssen. SWB-Chef Köhne findet das „im Prinzip“ richtig. „Man kann nicht die konventionellen Betreiber zwingen, ihre Anlagen außer Betrieb zu nehmen und sie dann mit den Folgekosten alleine lassen.“ Die Ausgleichszahlungen für die Betreiber der Braunkohlekraftwerke dürften jedoch „nur ein Schritt sein, dem weitere folgen müssen“. So fordert Köhne mehr staatliche Eingriffe, um etwa die umweltfreundlicheren Gaskraftwerke wirtschaftlicher zu machen. SWB hat gerade erst 450 Millionen Euro in ein neues Gaskraftwerk investiert, das diesen oder nächsten Monat in Betrieb gehen soll. **Interview Seite 15**

DER NORDEN

Klinikmorde: Weitere Opfer entdeckt 14

Wegen mehrfachen Mordes verübt der ehemalige Delmenhorster Krankenpfleger Niels H. bereits eine lebenslange Haftstrafe. Nach Exhumierungen gehen die Ermittler von mindestens zehn weiteren Opfern aus.

VERBRAUCHER

Die App gegen Verschwendung 18

Jedes Jahr werfen die Deutschen Millionen Tonnen Lebensmittel einfach in den Müll. Ein Start-up will das nun ändern. Mit einer App sollen Supermärkte das Essen besser verkaufen können.

SPORT

Warnung vom Werder-Präsidenten 21

Werder-Präsident Hubertus Hess-Grünwald sorgt sich um den Ausbau des Leistungszentrums in der Pauliner Marsch. Ohne Weiterentwicklung könne auf lange Sicht die Bundesliga-Zugehörigkeit in Gefahr sein.

BREMEN

Bremennale: Musik hören, tanzen, essen 10

Das Musikangebot, ja, es spielt bei der Bremennale eine zentrale Rolle. Etliche Künstler locken die Massen an den Osterdeich. Viele wollen dort aber auch einfach nur etwas essen. An rund 50 Buden können sich die Besucher einmal um die Welt schlemmen. Unser Reporter hat in Töpfe und Pfannen gekuckt.



RUBRIKEN

Familienanzeigen	24	Rätsel & Roman	27
Fernsehen	26	Tipps & Termine	12
Lesermeinung	13	Veranstaltungsanzeigen	25

Ausschreitungen in Athen

Athen-Brüssel. Bei einer Demonstration vor dem griechischen Parlament ist es am Mittwochabend zu Ausschreitungen gekommen. Eine Gruppe von rund 200 Autonomen mischte sich unter eine friedliche Demonstration von Gegnern des Sparprogramms. Sie lösten sich aus der Menge und warfen mehrere Brandflaschen auf Polizisten, wie das griechische Fernsehen berichtete. Die Beamten setzten massiv Tränengas ein. Friedliche Demonstranten flüchteten in Panik. Unterdessen soll der griechische Ministerpräsident Alexis Tsipras den Abgeordneten seiner Partei mit Rücktritt gedroht haben, falls sie gegen das Sparprogramm stimmen. Das Ergebnis der Abstimmung lag bei Andruck dieser Ausgabe noch nicht vor.

Die EU-Kommission hat am Mittwoch einen Überbrückungskredit vorgeschlagen, um Athens laufenden Finanzbedarf bis zum Start eines möglichen ESM-Programms zu decken. Diese kurzfristige Nothilfe in Höhe von sieben Milliarden Euro soll eine Laufzeit von drei Monaten haben und aus einem schon länger bestehenden Rettungstopf aller EU-Staaten (EFSM) kommen. Weil sich einige Beitraggeber wie Großbritannien, Schweden und Tschechien „große Sorgen“ um ihr Geld machen, verhandelt die EU-Kommission nach eigenen Angaben noch über Garantien für einen möglichen Zahlungsausfall. Bis Mitte August benötigt Griechenland rund zwölf Milliarden Euro. **Bericht Seite 4**